

zu dem vorausgesetzten Resultat geführt. **Von Wien** wird gemeldet:

Der Belagerungsstand ist Mittwoch mittag für ganz Oberösterreich aufgehoben worden.

Inzwischen wird über die Lösung der Oberschlesischen Frage wieder eine Flut von Gerüchten verbreitet. So melden Berliner Blätter aus Paris, neuerdings sei das Projekt einer Internationalisierung ins Auge gefasst worden. Es soll sich darum handeln, aus dem Industriegebiet einen neutralen Staat zu machen unter Oberaufsicht des Völkerbundes, ähnlich wie es augenblicklich mit dem Saargebiet der Fall sei. Und von anderer Seite wird behauptet, daß man sich in London und Paris ernstlich damit beschäftige, der Völkerbundskommission eine neue Abklärung in Oberschlesien vorzuschlagen. Der Plan werde bereits nach allen Richtungen hin ernstlich erwogen.

Reihe Meldungen haben nicht den Vorwand der Neuheit für sich, sie konnten auch früher schon auf und vorlesen wenig überzeugend.

Entdeckung polnischer Waffenslager.

Ein großes Waffenslager wurde vor einiger Zeit in der großen Ziegelei in Bobrowitz im Kreise Larnowitz von den Engländern entdeckt. Es wurden 98 französische Gewehre vorgefunden, 1300 Seitengewehre, 10 Riflen Gewehrmunition, 2 Riflen Handgranaten und 2 Riflen mit Dynamit, außerdem Feldtelefone, Zünder für Handgranaten, Leuchtpistolen usw. Der Wächter der Ziegelei, die seit langem in der Zeit nicht mehr im Betrieb ist, ist polnischer Nationalist und hat sich am Aufstand auf polnischer Seite beteiligt. Jetzt wurde von den Engländern im Kreise Ratowitz, und zwar in Bobrowitz, ein zweites riesiges Waffenslager der Polen entdeckt, und zwar enthält dieses Gewehre, Maschinengewehre und 26 Riflen Munition.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der deutsch-amerikanische Frieden.

Mehrere Pariser Zeitungen teilen mit, bei der französischen Regierung sei eine Note der Vereinigten Staaten eingegangen, in der mitgeteilt wird, daß die amerikanische Regierung es mit Genugtuung sehen würde, wenn die alliierten Mächte schriftlich und in möglichst kurzer Frist den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag anerkennen würden. Angeblich soll in Pariser Regierungskreisen ziemlich Aufregung über die Note entstanden sein. Nachträglich kommt der „Petit Parisien“ mit der Meldung, seitens der Vereinigten Staaten sei keine amtliche Note überreicht oder ein Schritt in dieser Richtung gemacht worden, in der von Frankreich die Anerkennung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages schriftlich, aber in möglichst kurzer Frist erbeten wird. Nach dem „Journal“ erwartet man indessen einen derartigen Schritt seitens der Vereinigten Staaten. — Nach diesen verschiedenen Berichten atmeten den Bemühungen scheint die erste Nachricht von dem Vorgehen Amerikas richtig zu sein.

Bestimmungen über das Öffnen der Handelsflagge.

Nach einer Verordnung des Reichspräsidenten haben deutsche Rauffahrtschiffe die Handelsflagge zu zeigen beim Begegnen mit einem Schiff der Reichsmarine, das die Reichsdienstflagge führt, beim Vorbeifahren an einer deutschen Küstenbefestigung, auf der die Reichskriegsflagge weht, wenn das Vorbeifahren innerhalb dreier Seemeilen, beim nächsten Vorbeifahren, vom Strande ab gerechnet, erfolgt, beim Einlaufen in einen deutschen Hafen. Die Kommandanten der Kriegsschiffe haben die Befolgung der Vorschriften über die Flaggenführung durch die Rauffahrtschiffe zu überwachen.

Die Frankwährung im Saargebiet.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat an den Bürgermeister von Saarbrücken ein Schreiben gerichtet, nach dem ab 1. April 1922 auch die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Kommunalverwaltung in Frankreich entlohnt werden müssen. Die Regierungskommission hat sich nach ihrer Angabe zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen durch zahlreiche Eingaben, die aus den Kreisen der Angestellten, Beamten und Arbeiter an sie gerichtet wurden. Es ist damit zu rechnen, daß ab 1. April 1922 die Steuern und die Zahlungen für Entnahme von Wasser, Gas und Elektrizität in Frankwährung erhoben werden, womit also in der Franzifizierung des Gebietes wieder ein Schritt weiter getan würde.

Getreideverschiebungen ins Ausland?

Der Abg. Hergt und die deutsch-nationale Fraktion im Reichstage haben die nachstehende Interpellation eingebracht, in der es heißt: „In der Bevölkerung Deutschlands gewinnt das Gerücht immer neue Nahrung, daß die heutige Preisgestaltung für Getreide durch Verschiebung von Inlandgetreide in das Ausland, namentlich an der West- und Ostgrenze, beeinträchtigt wird. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zutreffendenfalls zu ergreifen, um eine solche, die Allgemeinheit schwer schädigende Verschiebung von Getreide in das Ausland zu verhindern?“

Die Unternehmung der mitteldeutschen Anruhen

hat vor dem Ausschuss des preussischen Landtages begonnen. Als erster Zeuge erklärte der frühere Innenminister Severing, der Terror in den Betrieben habe Gegenmaßnahmen nötig gemacht. Die Arbeiter hätten auch an die Gefahr eines Rechtspreußens geglaubt. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft habe im Zusammenhang gestanden mit der Gründung von verbottenen Selbstschutzzugorganisationen. Schon während der Kriegszeit, und insbesondere nach der Revolution sei Mitteldeutschland und besonders Sachsen der stärkste Herd der Unruhen gewesen.

Deutsch-Osterreich.

× **Wichtige Wirkung des Ultimatum in Ungarn.** Infolge des Vorgehens der Entente in Budapest scheint eine Entspannung in der westungarischen Frage einzutreten. Die ungarische Regierung hat gegenüber dem österreichischen Gesandten in Budapest die Absicht geäußert, den Streitfall in gütlicher Weise beizulegen. In den bisherigen Kampfgebieten an der Grenze herrscht ziemlich Ruhe. Die sog. Kleine Entente droht übrigens auch mit einem Einschreiten gegen Ungarn, wenn dieses sich länger hartnäckig in der Räumungsfrage des Burgenlandes verhält.

Frankreich.

× **Die Republik will nicht abrücken.** Aus Genf erfährt man, daß bei den Verhandlungen in diesen die Antworten erwähnt worden sind, welche die Regierungen auf den

Wunsch der letzten Völkerbundversammlung, der dahin ging, eine Herabsetzung ihrer Militärbudgets vorzunehmen, erteilt haben. Die Regierung der französischen Republik hat geantwortet, daß sie den Wunsch nicht annehmen könne. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß die Budgets nicht als Grundlage dienen können, um die Bedeutung der Rüstungen genau zu beurteilen. — Nach den bisherigen Erfahrungen hat wohl niemand an dem Willen der jetzigen Leiter der französischen Republik gezweifelt, ihren Militarismus zu verewigen.

Freistaat Danzig.

× **Das Schicksal der Eisenbahnen.** Oberkommissar Dakin hat vor seiner Abreise nach Genf zu den Völkerbundverhandlungen einige wichtige Fragen entschieden, die zur Entscheidung gebracht werden mußten für den Fall, daß die Eisenbahn im Freistaat Danzig Polen zugesprochen wird, was zweifellos geschieht, wenn der Rat des Völkerbundes den Danziger Protest abwiesen und die Entschädigung des Oberkommissars bestätigen sollte. Dakin verfügte also für diesen Fall, daß die deutsche Sprache bei allen Dienstleistungen der polnischen Eisenbahnverwaltung im Verkehr mit dem Danziger Publikum oder mit den Eisenbahnbeamten, -angestellten und -arbeitern zur Anwendung kommen soll. Alle Aufschriften in Danzig, auf den Bahnhöfen und auf den Eisenbahnwagen sind in deutscher Sprache anzubringen. Bis auf weiteres gilt im Gebiet der Danziger Eisenbahnen die deutsche Währung als Zahlungsmittel sowohl für Fahrkarten als auch für Frachten. Bei der Besetzung der freien Stellen bei den Eisenbahnen Danzigs müssen zunächst die Danziger Staatsangehörigen eingestellt werden. Schließlich hat der Oberkommissar noch entschieden, daß Polen zunächst an Danzig 50 Millionen Reichsmark zurückzahlen hat.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie der Amerikaner Maginlian Harbens völlig fernstehe.

Cypern. Neue französische Truppen sind eingetroffen, und zwar zwei Infanteriebataillone mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Bataillon, sowie eine Kraftwagenabteilung.

Braunschweig. In Helmstedt stehen Stahlhelmeleue und gegen den Bürger Demonstrierende zusammen. Ein Kriegsbeschädigter wurde durch Messerstiche schwer verletzt.

Braunschweig. Das staatliche Presseamt bringt die Mitteilung, daß wegen der jüngst in Braunschweig erfolgten Danamitanschläge mehrere Mitglieder der kommunalistischen Partei verhaftet worden sind.

Leipzig. Eine von der Deutschen Volkspartei angelegte Seidankaser, bei der der Reichstagsabgeordnete Dr. Mittelmann sprechen sollte, ist vollständig zerstört worden.

Stuttgart. Die englische Regierung beabsichtigt, ein englisches Bizekonsulat in Stuttgart zu errichten.

Strag. Ein Attentatsversuch gegen den südafrikanischen Minister Kinnocks wurde bei einer Autokatastrophe auf der Straße Laibach-Ainso richtig verfehlt.

Paris. Nach einer Hausdurchsuchung aus Warschau ist der Finanzminister Steglowski zurückgetreten.

Amsterdam. Einige sozialistische holländische Deputierte haben beschlossen, die Regierung zu interpellieren bezüglich der kürzlich vom dem kaiserlichen Kaiser Wilhelm nach Deutschland gerichteten Brief.

Die Deutschnationalen beim Kanzler.

Aussprache über die Ausnahmeverordnung. Nachdem der Reichskanzler bereits mit den meisten anderen Parteien aus Anlaß der augenblicklichen inneren Krise Fühlung genommen hat, ist nunmehr auch eine Besprechung mit mehreren Führern der deutschnationalen Partei erfolgt. Dabei betonte der Parteivorsitzende Staatsminister Hergt, daß die Deutschnationale Volkspartei durch die einseitig gegen rechts gerichteten Maßnahmen der Regierung

in eine Kampfstellung gezwungen worden sei. Sie sei eine Partei des Rechts, sie stehe auf durchaus verfassungsmäßigem Boden und erkenne voll und ganz die bestehende Verfassung gegen gewaltsame Verletzungen mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen an. Die vorliegende Verordnung verstoße gegen die Verfassung, indem sie Gewalttaten nicht allgemein, sondern nur dann verfolge, wenn sie sich gegen Vertreter einer bestimmten politischen Auffassung richteten. Diese einseitige Tendenz sei noch besonders verschärft worden durch die verschiedenen Reden des Reichskanzlers und durch die von der Regierung gebildete allgemeine Hege gegen rechts. Weiterhin übergebe sie die Exekutive der Länder und habe den Strafmaßnahmen rückwirkende Kraft verliehen, sowie für die letzte Entscheidung über die Strafmaßnahmen jede richterliche Mitwirkung ausgeschaltet. Die Maßnahmen der Regierung bedeuteten daher eine

schwere Gefährdung weiter Volksteile und des inneren Friedens, wie eine große Reihe von Gewalttätigkeiten in jüngster Zeit bewiesen habe. Die Deutschnationale Volkspartei fordere demgemäß die Aufhebung der Verordnung oder eine Abänderung, die ihre Verfassungsmäßigkeit und ihre gleichmäßige Anwendung nach allen Seiten sichere. Der Reichskanzler hob wiederholt hervor, daß er die Lage als außerordentlich ernst ansehe, und ersuchte die deutschnationalen Parteiführer dringend, ihren Einfluß im Interesse des inneren Friedens geltend zu machen. Die Parteiführer brachten zum Ausdruck, daß sie dies als selbstverständliche politische Pflicht betrachteten. Ferner sagte die Reichsregierung zu, die Verordnung werde jetzt gleichmäßig nach beiden Seiten hin ausgeführt, und Friedensstörungen sowie Bedrohungen einzelner Persönlichkeiten würden durch geeignete Maßnahmen unterdrückt werden.

Arbeiter und Angestellte.

Magdeburg. (Metallarbeiterausstand.) In einer Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte der Metallarbeiter und verwandter Betriebe wurde beschlossen, den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anzuerkennen, an den aufgestellten Forderungen, nämlich einer Mindeststeigerung des Stundenlohnes um 2 Mark festzuhalten und sofort in den Streik zu treten. Eine Vermittlungsdation des Regierungspräsidenten, die in letzter Stunde eingeleitet wurde, wurde verworfen. Die Urabstimmung in den Betrieben ergab eine große Mehrheit für den Streik, von dem ungefähr 30 000 Arbeiter betroffen werden.

Halle a. S. (Verständigung.) Der Streik der Metallarbeiter in Halle und in den umliegenden Städten ist beendet, da die Arbeitgeber wie auch die Arbeiter den Schiedsspruch des Schlichtergerichts angenommen haben. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden. Auch die Lohnbewegung bei den Zelt-Werken in Jena ist auf friedlichem Wege Streit beigelegt.

Schlusssdienst.

Drohnastrahlen vom 8. September.

Eine neue Reichstagsabgeordnete.

Berlin. An Stelle des verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Paul Reikhaus wird Frau Minna Richter aus Eisenberg (Sachsen-Altenburg), die bereits der Verfassunggebenden Nationalversammlung angehört, in den Reichstag antreten.

Eine Fabrik durch Feuer vernichtet.

Ludenschanze. Durch ein Rieseneuere wurde die hiesige Pianofabrik Gebr. Riendert in Asche gelegt. Der Hauptteil der Fabrik, darunter auch drei neuerrichtete riesige Holzgebäude, sind den Flammen zum Opfer gefallen. Der Schaden ist sehr groß und vorläufig noch unüberschaubar. Auch das gesamte Holzlager ist verbrannt, unter welchem sich ein Stapel Kirschholz befand, der allein einen Wert von rund 4 Millionen Mark stellt. Mehrere hunderte Arbeiter sind drohtlos.

Sendungsfahrt an der obereschlesischen Grenze.

Ratowitz. Da sich an der Grenze die Pöbnerströmungen bilden und in Ratowitz und Pleß mehrere Fälle nachweislich eingeschleppt worden sind, hat die Interalliierte Kommission eine strengere Grenzüberwachung angeordnet.

Evangelischer Kirchentag.

Stuttgart. Der 2. Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 11. bis 14. September in Stuttgart statt. Neben dem Verhältnis von Staat und Kirche wird die Schulforderung der Hauptgegenstand der Verhandlungen bilden. An die Stuttgarter Verhandlungen schließt sich vom 15. bis 16. September in Worms die Erinnerungsjahr an die Reformation.

Kapitalverschlebung durch eine polnische Bank.

Oberhausen. Die hiesige Forderung der polnischen Bank Przemyslowski ist nach einer auf Veranlassung des Handelsministers vorgenommenen Hausdurchsuchung geschlossen worden. Wegen die Bank schwer ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Kapitalverschlebungsgesetz. Es soll sich, wie es heißt, um erhebliche Kapitalverschlebung handeln.

Bestrennungsbestrebungen im besetzten Gebiet.

Dortmund. Anhänger der Bestrennungsbestrebungen machen erneute Anstrengungen, zum Ziel ihrer Wünsche zu kommen. In Köln hat die Polizei bereits Anweisung erteilt, vorkommendenfalls Plakate, in denen die Proklamierung der rheinischen Republik erfolgt, sofort zu entfernen. In Mainz wurde eine Nummer der „Rheinischen Republik“ umsonst verteilt, in der aufgefordert wurde, sich der Regierung der rheinischen Republik zur Verfügung zu stellen.

Verbreitete Scheunenbrände.

München. In Lammberg in der Oberpfalz sind 14 vollgestaffelte Scheunen niedergebrannt. — Bei einem Großfeuer in Großweiden sind elf mit Getreidevorräten gefüllte Scheunen verbrannt, dazu viele Nebengebäude und landwirtschaftliche Maschinen. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen bemessen.

„Rein Krieg mit Irland!“

Cardiff. Der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes und der nationale Volkskongress der Arbeiterpartei haben in einer gemeinsamen Sitzung ein Telegramm an Lloyd George über die irische Krise beschlossen, in dem erklärt wird, es müßten jetzt neue Schritte getan werden. In einer Entschließung wird nachdrücklich erklärt, daß ein Krieg mit dem Sinnfeinern niemals die Genehmigung des britischen Volkes erhalten würde. Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung des Landes müßte einem Zurückweichen auf die Gewalt bis zum äußersten Widerstand leisten.

Bombenfund in Barcelona.

Paris. Nach einer Hausdurchsuchung aus Barcelona hat die Polizei in einer Werkstatt der Stadt eine Durchsuchung vorgenommen und ungefähr zwanzig Bomben, zahlreiche Waffen, Dynamit, Pulver und Fabriksatzzeichnungen für Bomben beschlagnahmt.

Eine französische Truppe in Warschau vernichtet?

Madrid. Die hier gemeldet wird, wurde eine französische Kolonne auf dem Wege nach Lodz in Warschau südlich der spanisch-französischen Grenze von Eingeborenen angegriffen und vernichtet.

Der neue amerikanische Vizekanzler in Berlin.

Washington. Von dem ehemaligen Senator R. A. Beveridge, der in erster Linie als Vizekanzler der Vereinigten Staaten in Deutschland genannt wird, heißt es, daß er die Ernennung annehmen würde. Senator Beveridge ist ein Freund des Präsidenten Harding.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Verwirrung an der Berliner Börse.** Die wahnsinnige Spekulationskurve an der Berliner Börse nimmt katastrophale Gestalt an. Die auf den weiteren Rückgang der Markt gleichzeitig brüchenden und hessenden Profitgierigen künftigen Mittwoch in solcher Menge an, um Wertpapiere zu kaufen, daß die vermittelnden Banken und Makler die Aufträge nicht mehr erfüllen konnten. Auch der Kurs konnte zunächst nicht festgesetzt werden. Der Börsenvorstand erzog den Plan, die Börse für den Rest der Woche ausfallen zu lassen.

* **„Schutzwort“ für unerlaubte Papierausfuhr?** Zwischen dem Reichswirtschaftsminister und der Papierindustrie einerseits und den Verlegern andererseits war ein Abkommen getroffen worden, wonach die Ausfuhr von Zeitungsdrukpapier monopolisiert werden sollte. Die Absatzgewinne aus dieser Ausfuhr sollten zur Senkung des Inlandspreises für Zeitungsdrukpapier Verwendung finden. Der Erfolg, den man sich von diesem Abkommen versprochen hatte, schrumpfte zu einem recht bescheidenen Ertragnis zusammen, da in großem Umfang unter Umgehung der amtlichen Ausführstellen Zeitungsdrukpapier ins Ausland geschafft wurde. Die Unternehmung wegen der vorgenommenen Schiedsbereit schwebt noch. Jetzt scheint sich eine förmliche Betriebsgesellschaft für unerlaubte Ausfuhr ins Ausland bilden zu wollen. So wurde ein Rundschreiben an Interessenten verschickt, das auf die Möglichkeit des absoluten Verbotes der Ausfuhr von satiniertem Drukpapier hinweist und dem Empfänger anheimstellt, einem „Schutzwort“ zur Wahrung der freien Beteiligung an der Ausfuhr von satiniertem Drukpapier beizustimmen. Geheimhaltung des Namens wird zugesagt, außer einem Jahresbeitrag von fünf Mark sollen den Mitgliedern keine finanziellen Verpflichtungen erwachsen. — Ob dieses mehr als eigenartige Angebot Erfolg haben wird?

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Rauenhof, den 8. September 1921.

Merktblatt für den 9. September.

Sonnenaufgang 5⁵¹ | Mondaufgang 1⁰⁰ N.
Sonnenuntergang 6⁵⁸ | Monduntergang 10⁰⁰ N.
9. n. Chr. Schlacht im Teutoburger Walde. — 1787 Naturforcher Luigi Galvani geb. — 1828 Leo Tolstoi geb.

— Der Rauenhöfer Bürger-Ausschuß (Bürgerrat) hielt am 2. d. Mts. seine Jahresversammlung ab. Der Besuch war bedauernd, hätte jedoch im Hinblick auf die lange Pause und die große Mitgliederzahl gern etwas stärker sein können. Aber: Jahresversammlungen mit ihrem vielen Formelwerk, Vorschlägen, Neuwahlen usw. sind bei den Mitgliedern meist wenig beliebt und der dazugehörige Feueralarm hat eine besonders schöne Gelegenheit, sich zu

schicken. Ob wirklich dem Zugucken gegeben sei nun erwähnt, daß Jahn seine Tätigkeit mit der Durchführer begünstigt hätte. Der Besuch der Bezirksrat viel Aufhebens saupflage den polisationen zur Festigung, daß sie wenig geführt. — Die Ausgaben ab. Am der Mitte um Beitritt im Hinblick auf die Mitglieder dringende bereits in der Verberstet den kommenden Jahresversammlung wahlen abgeben in Schluß. — Stellvert., erfuhr der zweierlei Gruppen, Vereine und treten sind, was sein verlesen wird. Die wählen wurde einem der anderen Bürgergemeinschaften die Ir der Elternswahlen dem Beschluß der konnte man sich nicht der hier zulage geteilt händlicher wurde. Die heiten wurde der noch für hierüber die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit

— Naunhof. Mitglieder des Sächsischen Reichstages sind am 11. d. Mts. hierher die nach vorbehalten werden. mit den bürgerlichen und es soll dem ernst erwartet werden, daß sind, so daß eine mit